

Sehr geehrtes Mitglied,

nachfolgend haben wir für Sie Informationen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zusammengestellt und geben Ihnen einen Überblick über die Rechte, die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehen.

1. Der Verantwortliche für die Datenverarbeitung

Der Verantwortliche für die Datenverarbeitung ist:

Versorgungswerk der Steuerberater in Hessen
Breite Straße 69
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/1793690
E-Mail-Adresse: office@vstbh.de

2. Datenschutzbeauftragte

Die Datenschutzbeauftragten im Versorgungswerk der Steuerberater in Hessen sind

Jens Wunderlich und Daria Gleich

Sie erreichen die Datenschutzbeauftragten unter:

Versorgungswerk der Steuerberater in Hessen
-Datenschutzbeauftragte-
Breite Straße 69
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/1793690
E-Mail-Adresse: datenschutz@vstbh.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage

Die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten dienen der Erfüllung der uns nach dem Gesetz über die Hessische Steuerberaterversorgung (StBVG) übertragenen öffentlichen Aufgabe der Leistung von Versorgung nach Maßgabe des StBVG und der Satzung an unsere Mitglieder und sonstige Leistungsberechtigte.

Im Einzelnen werden die personenbezogenen Daten erhoben

- zur Ermöglichung der Durchführung und Dokumentation des Mitgliedschaftsverhältnisses, insbesondere von Beitragszahlungen,
- zur Ermöglichung der Berechnung und Auszahlung von Altersrente,
- zur Ermöglichung der Überprüfung, Berechnung und Auszahlung von Hinterbliebenenrente, Berufsunfähigkeitsrente, Sterbegeld oder Kapitalabfindung.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten stellt § 12 StBVG i.V.m. § 11 unserer Satzung dar.

Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Berufsunfähigkeitsverfahren, insbesondere Gesundheitsdaten, stellt das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 2 dar.

4. Kategorien personenbezogener Daten, die nicht bei Ihnen erhoben werden

Folgende Kategorien von Daten, die nicht bei Ihnen sondern durch Dritte erhoben werden, werden verarbeitet:

- Daten zur Person (Name, Geburtsdatum, Geschlecht, Nationalität, Beruf, akad. Grad)
- Adressdaten
- Kammerdaten (zuständige Kammer, Datum der Bestellung)

5. Empfänger/zugriffsberechtigte Personen der personenbezogenen Daten

Empfänger der erhobenen personenbezogenen Daten sind:

- Deutsche Rentenversicherung Bund
- Andere Versorgungswerke, insbesondere bei Befreiungen und bei Überleitungen (Steuerberaterversorgungswerke und Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer)
- Steuerberaterkammern
- Vollstreckungsbehörden bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
- Einwohnermeldeämter
- Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses
- Versicherungsmathematiker
- Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen
- Geschäftsbanken und Sparkassen

Dienstleisterarten mit Auftragsvereinbarung:

- Druckerei für postalische Aufgaben
- IT-Support
- Anbieter Mitgliederbetreuungssoftware
- Anbieter Dokumenten Management Systeme

6. Dauer der Datenspeicherung

Bezüglich der Dauer der Speicherung der erhobenen personenbezogenen Daten wird neben den gesetzlichen Aufbewahrungspflichten auf den gesetzlichen Auftrag verwiesen. Die Daten werden gelöscht, wenn nach Ablauf einer gegebenenfalls vorhandenen Aufbewahrungspflicht sichergestellt werden kann, dass Rechtsansprüche gegen das Versorgungswerk nicht mehr bestehen können. Hierzu können auch Ansprüche von Hinterbliebenen des Mitglieds gehören.

7. Betroffenenrechte

7.1 Recht auf Auskunft

Gemäß Art. 15 DS-GVO haben Sie das Recht auf Auskunft über die im Versorgungswerk gespeicherten, Sie betreffenden personenbezogenen Daten, im Genaueren über:

- a) die Verarbeitungszwecke (Nr. 3);
- b) die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden (Nr. 4 auf die Verarbeitung von Daten, die durch Dritte erhoben werden);
- c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden (Nr. 5);
- d) falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer (Nr. 7.3);
- e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung (Nr. 7.2, 7.4);
- f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde (Nr. 8);
- g) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei Ihnen erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten;
- h) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person (hier wird darauf hingewiesen, dass dies im Versorgungswerk nicht stattfindet)

7.2 Recht auf Berichtigung

Des Weiteren besteht auch ein Recht auf Berichtigung fehlerhafter Daten und das Recht auf Vervollständigung unvollständiger Daten (Art. 16 DS-GVO).

7.3 Recht auf Löschung

Ein Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten besteht, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden nicht mehr notwendig sind oder die Daten unrechtmäßig erhoben wurden, gem. Art. 17 Abs. 1 lit. a) und d) DS-GVO. Einschränkend muss im ersteren Fall jedoch erwähnt werden, dass hierbei auch die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zu beachten sind.

7.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Schließlich haben Sie auch ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), wenn

- a) Sie die Richtigkeit Ihrer Daten bestreiten,
- b) die Verarbeitung durch das Versorgungswerk unrechtmäßig ist und Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung verlangen;
- c) das Versorgungswerk die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie Ihre personenbezogenen Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen.

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Falle einer rechtswidrigen Datenverarbeitung haben Sie das Recht sich gemäß Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren. In Hessen wäre dies z.B.:

Der Hessische Datenschutzbeauftragte
Postfach 31 63
65021 Wiesbaden

9. Auskunftspflicht

Es besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht, betreffend der Informationen, die für die Feststellung Ihrer Mitgliedschaft, sowie von Art und Umfang Ihrer Beitragspflicht oder der Versorgungsleistungen erforderlich sind. Diese ergibt sich aus § 12 StBVG.

Die Nichtbereitstellung Ihrer Daten hat zur Folge, dass eine Festsetzung in Höhe des Regelpflichtbeitrages gem. § 25 Abs. 1 und 2 unserer Satzung erfolgt. Eine Nichtbereitstellung Ihrer Daten führt auch dazu, dass über Leistungen wie Berufsunfähigkeitsrente und Altersrente nicht entschieden werden kann und diese demzufolge auch nicht ausgezahlt werden können.